

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Friedrich Kretschmer
Verlagsredaktion: 10011
Postfach 10011
Schiffbaustraße 10011
Dresden - A. 1, Wartenberg 10011

Bezugspreis bei täglichem Postversand monatlich 3,30 RM. (Einschließung 10 Pf. für Postgebühren), bei halbjährlichem Postversand 16,50 RM. (Einschließung 50 Pf. für Postgebühren). Bei halbjährlichem Postversand 16,50 RM. (Einschließung 50 Pf. für Postgebühren). Bei halbjährlichem Postversand 16,50 RM. (Einschließung 50 Pf. für Postgebühren).

Druck u. Verlag: Neudruck & Verlagsdruckerei
Verlag: 10011
Postfach 10011
Schiffbaustraße 10011
Dresden - A. 1, Wartenberg 10011

Englands Kirchenführer für Abrüstung

Eine Abordnung bei Macdonald und Simon

London, 20. Oktober. Die Abordnung der englischen Kirchenführer, die am Donnerstag dem Ministerpräsidenten Macdonald und dem Außenminister Sir John Simon ihre Ansichten zur Abrüstungsfrage vorzulegen, vertrat sämtliche englischen Kirchen mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche. Sie forderten, daß die englische Regierung die Wiederherstellung der Abrüstungskonferenz sofort eine endgültige Abrüstungspolitik erklären solle, die sich auf die Durchführung des Hooverplans und die Gleichberechtigung aller Mitglieder des Völkerbundes stütze.

England sei ehrenhalber verpflichtet, die im Vertrag von Versailles abgegebene Verpflichtung zu erfüllen, daß die allgemeine Abrüstung Deutschlands der erste Schritt der allgemeinen Abrüstung der anderen Staaten sein solle.

Das Unvermögen der Staatsmänner, bisher ein greifbares Abrüstungsmittel herbeizuführen, sei ein Zeichen moralischen Bankrotts und habe eine bedauerliche Wirkung auf die öffentliche Moral, wofür die gegenwärtige Lage in Deutschland das bemerkenswerteste Beispiel sei. Angesichts der hervorragenden Stellung, die die Kirchen in England einnehmen, muß das Kabinett sich nachdrücklich bemühen, mit den von der Kirche aufgestellten Forderungen übereinzustimmen.

Nach dem heutigen Empfang der Kirchenvertreter beim Ministerpräsidenten wurde amtlich mitgeteilt, daß Sir John Simon nach Genf gehen werde, um eine bessere allgemeine Verständigung zwischen den europäischen Nationen herbeizuführen.

Während des Empfanges sprach der Erzbischof von Canterbury die Hoffnung aus, daß die Tante, die schweren Kanonen, die Unterseeboote, die Militärflugzeuge und die Panzerschiffe über 10.000 Tonnen abgeben, oder einer Beschränkung unterworfen werden. Sir John Simon antwortete, er werde diese Anregung in moralischer Hinsicht gegenüber der Regierung bringen, nur eine moralische Kampagne könne in der Frage der Abrüstung England von Amerika trennen. Er werde versuchen, diese Meinungsverschiedenheit auf ganz Europa auszuwirken.

Der Erzbischof von York wandte sich energisch gegen die

Bedrohung der Abrüstungsfrage durch „Sachverständige“ und bemerkte, daß in der britischen Antwortnote auf den deutschen Gleichberechtigungsanspruch das moralische Element dem juristischen untergeordnet oder auf jeden Fall weniger nachdrücklich hervorgehoben sei. Der Erzbischof von York bedauerte diesen Umstand; Fortschritte in dieser Frage könnten nur erzielt werden, wenn die moralische Seite ständig im Vordergrund gehalten wird.

Sir John Simon erwiderte:

„Die Leute, die nicht die Note mit solcher Sorgfalt geprüft haben wie Sie, haben manchmal den außerordentlichen Fehler begangen, sich vorzustellen, daß die Note eine legale These unterbreite; im Gegenteil, die Note war geschrieben zu dem Zweck, um zu erklären, daß Deutschlands Ansprüche und unsere Pflichten nicht erörtert werden können in dem Begriff juristischer Rechts und daß dies nicht die geeignete Art ist, in der die Frage angehen werden muß.“

Es war eine Note, die dazu bestimmt war, technische und juristische Argumente beiseite zu lassen,

weil dies nicht der wirkliche Boden ist, der erforderlich werden soll, um daran zu arbeiten, daß der wirkliche Anspruch, der bei allen Völkern von uns zur Erwägung erhoben wird, ein Anspruch in der moralischen und nicht in der juristischen Sphäre ist.“

Japan lehnt Hoovers Abrüstungsvorschlag endgültig ab

Tokio, 20. Okt. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Außenministerium und das Marineministerium nach gemeinsamen Beratungen beschließen haben, den Vorschlag des Präsidenten Hoover zur Verminderung der Seekriegsflotte um ein Drittel unter allen Umständen abzulehnen, und zwar im Interesse der japanischen Landesverteidigung.

Abschluß der Klepper-Untersuchung

Schwere Anklagen

Berlin, 20. Okt. Die Aussage des Zeugen Meizer vor dem Klepper-Untersuchungsausschuß, daß einmalige Bestechungsangebot seines Lebens sei ihm von Herrn Klepper gemacht worden, rief lebhafteste Bewegung im Publikum hervor. Wieder die Einzelheiten erklärte Meizer dann, daß er auf einem Essen der Rentenbankkreditanstalt 1929 zufällig Tischnachbar Kleppers gewesen sei. Ganz am Schluß, so erklärte der Zeuge, unterhielt wir uns darüber, daß es unter den heutigen Umständen unmöglich wäre, Kinder zu bekommen. Klepper hat vier, ich selbst habe sechs Kinder. Daraus ergab sich die Feststellung, daß es mit einer derartigen Familie nicht ganz einfach sei, sich durchzuschlagen. Herr Klepper machte mir daraufhin das Angebot, ich könnte jederzeit von ihm ohne jede Sicherheit einen beliebigen hohen Kredit bekommen. Da wir vorher über anarcho-politische Fragen gesprochen hatten, und Klepper sich beklagte, daß ihm so schwere Kritik an seiner Arbeit über,

hatte ich den hundertprozentigen Eindruck, daß es sich um einen fortwährenden Bestechungsvertrag handelte. Ich habe dieses Angebot sofort abgelehnt.

Der sozialdemokratische Abg. Dörmann erklärte zu dieser Aussage, daß sie ihm höchst unangenehm vorkomme, da während der ganzen Vernehmung bisher niemals etwas Äußerliches getreten sei, woraus man eine moralische Beeinträchtigung Kleppers hätte herauslesen können. Der Vorsitzende nahm den Zeugen ernstlich in Schutz und rißte solche Angriffe auf Zeugen als unzulässig.

Die Sozialdemokraten beantragten, zur weiteren Klärung des Falles sofort Herrn Klepper herbeizuführen. Der Antrag wurde mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt. — Nach Abschluß der Vernehmungen über die Angelegenheit „Klepper-Vollstreckung“

beschloß der Ausschuss gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, seine Arbeiten erst nach den Reichstagswahlen wieder aufzunehmen.

Mit großer Mehrheit wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, dann auch den Reichswehrminister von Schleicher darüber zu vernehmen, ob Zeitungen Reichsgeld erhalten.

Der frühere preussische Finanzminister Dr. Klepper gibt folgende Erklärung ab: „Da der Ausschuss meine Vernehmung zu den Aussagen des Redakteurs Meizer abgelehnt und sich bis nach den Wahlen vertagt hat, gebe

ich auf diesem Wege die folgende Erklärung ab: 1. Ich habe niemals gegenüber einem Journalisten und insbesondere nicht gegenüber Herrn Meizer einen Versuch unternommen, durch Zuwendungen irgendwelcher Art einen Einfluss auf seine Urteilsbildung oder Meinungsäußerung auszuüben. 2. Es ist unwahr, daß ich Herrn Meizer einen Kredit oder sonstige finanzielle Vorteile angeboten hätte. 3. Es ist unwahr, daß Herr Meizer mir gegenüber unmittelbar oder mittelbar habe erkennen lassen, daß er irgendeine Äußerung von mir in dem von ihm heute vor dem Untersuchungsausschuß ausgesprochenen Sinne verstanden habe. 4. Es ist unwahr, daß Herr Meizer die Beziehungen zu mir nach jenem Zusammenstoß abgebrochen hat.“

b. Gaisls bayerische Grenzreise beendet

Pasau, 20. Oktober. Reichsinnenminister Freiherr von Gaisl trat am Mittwoch gegen 20 Uhr, von Gaislmühl kommend, in Pasau, dem Endpunkt seiner Ostmarkenreise, ein. In einer Unterredung mit dem Mitarbeiter der „All.“, betonte der Reichsinnenminister, er habe auf seiner dreitägigen Reise erkannt, daß es bei der bayerischen Ostmark um ein schwer bedrohtes Grenzgebiet handele, das die Fürsorge des Reiches benötige und verdiene. Er hoffe, daß es gelinge, im kommenden Jahre hier mehr als bisher zu helfen.

Einsturzungslied - 11 Tote

St. Margarethen (Kanton St. Gallen), 20. Okt. Infolge Überlastung des Dachbodens durch Einlagerung von Futtermitteln stürzte heute nachmittags die Decke eines Lagerhauses der „Mühlhäuser AG.“ ein. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bis zum Abend waren 11 Tote und 40 Verletzte geborgen.

Das ganze zweistöckige Mittelstück des zum Schlachthaus von St. Margarethen gehörenden Getreidelagers ist eingestürzt. Im ersten Stockwerk befanden sich Kupfer- und Eisenbleche, wo etwa 80 Frauen und Mädchen arbeiteten. Nach der Mittagspause beobachtete man über den Kupferdächern ein gefährliches Knistern und Knallen. Fünf Minuten vor 14 Uhr stürzte das ganze Dach mit samt den großen Getreidemengen herunter und begrub etwa 50 Arbeiterinnen unter sich. Die Alarmglocken riefen alle erreichbaren Hilfskräfte zusammen. Es begann nun ein eifriges Suchen sowie das Abtragen der Trümmer. — Die Menschen sind zum Teil erstickt und zum Teil durch verfallende Balken erschlagen worden.

Der gemeinsame Gegner

Nur zu oft sieht es so aus, als ob die nationalen Parteien in diesem Wahlkampf vergessen hätten, daß ihr gemeinsamer Gegner die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei ist, die es vor allem am 6. November zu schlagen gilt. Man soll nicht glauben, der Marxismus sei deshalb nicht mehr vorhanden, weil er im Reich, in Preußen und den anderen größeren Ländern nicht mehr im Besitz von Ministerposten ist. Gewiß, er hat eine sehr schwere Schlappe erlitten, er ist aus sehr vielen Machtpositionen herausgeworfen worden, aber noch ist er nicht vernichtet worden, im Gegenteil, er ist ein Machtfaktor des politischen Lebens geblieben, mit dem nach wie vor gerechnet werden muß. Allerdings ist die Sozialdemokratie durch ihre schweren Mißerfolge als Regierungspartei und vor allem durch die in den Augen der eigenen Anhänger wenig rühmliche Räumung der preussischen Machtposition, mit der man den Massen durch Jahre hindurch die Tolerierung Brünnings schmachtend machte, in erhebliche innere Schwierigkeiten geraten. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, vor allem der Kampf der Jüngeren gegen die alten Führer Braun und Severing, haben die Werbekraft der Partei nach außen nicht unbedeutend beeinträchtigt. Trotzdem wäre nichts verfehlter, als zu glauben, die Sozialdemokratie sei heute abgetan, und die nationalen Parteien könnten es sich nun leisten, den Wahlkampf untereinander über taktische Fragen auszufragen und das große strategische Ziel des Kampfes gegen links aus dem Auge zu lassen. Tatsächlich bleibt in Deutschland die marxistische Gefahr noch auf unabsehbare Zeit hinaus bestehen. Wer die Vorzüge in den einzelnen deutschen Länder- und Stadtparlamenten in der letzten Zeit genau verfolgt hat, wer die Neben der sozialdemokratischen Wortführer gehört hat, der weiß, daß der Marxismus ungeachtet seiner inneren Schwierigkeiten sogar Morgenluft wittert. Die Sozialdemokratie fühlt sich ja jetzt von jeder Verantwortung frei, sie sieht sich einer nationalen Regierung gegenüber, deren Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik sie von ihrem Standpunkt aus bestmöglich beeinflussen kann. In der krampfhaften Ausübung einer von ihnen selbst mitverschuldeten Not waren zudem die geistlichen Agitatoren der SPD. bekanntlich immer Meister.

Man hat im Lager der Sozialdemokratie vor allem die eine Sorge, die Kommunistische Partei könnte am 6. November härter werden als die SPD selbst. Die Sozialdemokratische Partei ist bereit von dem durch mehr als ein Jahrzehnt behaupteten ersten Platz auf der Wahlliste auf die zweite Stelle herabgedrückt worden, und es wäre für das Prestige dieser Massenpartei ein schwerer Schlag, wenn sie bei der nächsten Wahl hinter den Kommunisten erst an dritter Stelle stehen würde. Um diese Gefahr zu verhüten, hat die Leitung der Sozialdemokratischen Partei sich eine interessante Taktik ausgedacht, aus der gerade die nationalen Parteien manches lernen können. Man verzichtet auf den bisher so beständig geführten Kampf gegen die Kommunisten, richtet vielmehr die ganze Energie gegen die Rechte und die Reichsregierung. Die Sozialdemokratie wurde durch Jahre hindurch links von der Kommunistischen Partei angegriffen, weil sie das Brünningskabinett toleriert habe, und sie wurde auf der anderen Seite, von den Nationalsozialisten, mit dem gleichen Vorwurf berannt. Jetzt kann sie sich aber wieder rühmen. Schon hat der linke Flügel, allmählich von den „Staatsmännern“ Braun und Severing in den Hintergrund gedrängt, die Führung an sich gerissen. Er diffamiert die Schärfe der Opposition gegen die Regierung, und sein Ziel ist, die kommunistische Konkurrenz im Radikalismus der Schlagworte, in der Heftigkeit der Vorwürfe und in der Agitationskraft der Anträge und Forderungen womöglich noch zu übertreffen. Es war symptomatisch, daß in der letzten Sitzung des Reichstages die Sozialdemokraten entscheidendes Gewicht darauf legten, daß ihre Anträge zugunsten der Erwerbslosen und Rentner weitergehend seien als die der Kommunisten. In der Tat, wer in diesen Wochen die sozialdemokratischen Zeitungen liest, ihre Redner hört, ihre Flugblätter ansieht, erkennt, daß die SPD. sich in Wort und Bild genau so radikal gebärdet, wie der unverfälschte Volkswind der KPD. Die Einheitsfront mit den Kommunisten, die früher von beiden Seiten abgelehnt wurde, wird jetzt von den Sozialdemokraten leidenschaftlich gefordert. Man will den agitatorischen Vorstoß, den die Kommunisten mit der Parole der antisozialistischen Einheits-

Heute: **D.N.**-Kraftfahrt
Seite 9 und 10